



Integrationspolitik in Frankreich

Welche Lehren für Deutschland?

Benedict Göbel

Zum Mitnehmen

- Frankreich ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein Einwanderungsland. Die einst überwiegend europäische Einwanderung hat sich seit den 1970er Jahren zu einer afrikanisch und asiatisch dominierten gewandelt.
- Lange Zeit war Integration mit Einbürgerung und der Annahme republikanischer Grundprinzipien gleichzusetzen. Dabei steht der Staat für eine kompromisslose Gleichbehandlung seiner Bürger, während sich diese verpflichten, die Grundprinzipien der Republik zu akzeptieren.
- Seit den 1980er Jahren wurde durch Kulturangebote, Arbeitsmarktintegrations- und Wohnungsbaumaßnahmen eine Integrationspolitik entwickelt und Diskriminierungsbekämpfung zum festen Bestandteil der Politik erhoben.
- Trotz allem kämpft Frankreich mit erheblichen Integrationsproblemen. Spätestens seit den Unruhen in den französischen Vorstädten im Jahr 2005 spaltet das Thema Integration die Nation. Es hat eine Debatte ausgelöst, die die Republik in ihren Grundprinzipien verunsichert.
- Für Deutschland ergeben sich aus den französischen Erfahrungen zwei wesentliche Erkenntnisse: Zum einen unterstreichen die Beobachtungen in Frankreich, dass die Auswirkungen soziokultureller Faktoren auf die Integration nicht unterschätzt werden dürfen. Zum anderen zeigen sie die Notwendigkeit eines tragfähigen integrationspolitischen Narrativs, in dessen Zentrum die Assimilation an gemeinsame Grundprinzipien steht.

INHALT

- 2 | Einleitung**
- 2 | Einwanderer und Ausländer in Frankreich: Eine Bestandsaufnahme**
- 3 | Einwanderungsland Frankreich**
- 5 | Integration und republikanisches Selbstverständnis**
- 6 | Die Entdeckung der Integrationspolitik in den 1980er Jahren**
- 8 | Orientierungslosigkeit der Integrationspolitik seit der Jahrhundertwende**
- 9 | Zusammenfassung und Beobachtungen**
- 10 | Welche Lehren für Deutschland?**

Statistisch werden nur Ausländer oder außerhalb Frankreichs geborene erfasst.

Einleitung

Die französische Integrationspolitik genießt in Deutschland und Europa keinen guten Ruf. Zahlreich sind die negativen Assoziationen. Die gewalttätigen Unruhen in den französischen Vorstädten von 2005, deren Bilder um die Welt gingen, haben nachhaltig auf das soziale Elend von Einwanderern aufmerksam gemacht. Der Begriff ‚Banlieue‘ ist seither Synonym für politische Gleichgültigkeit und für das Scheitern von Integrationsbemühungen. Die blutigen islamistischen Anschläge der letzten Jahre und Monate haben diesen desaströsen Eindruck bestätigt. Ob der Fall Mohamed Merah¹, der Anschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt im Januar 2015, die Selbstmordanschläge am Stade de France und das Massaker im Bataclan im November 2015 oder der jüngste Anschlag in Nizza am 14. Juli 2016, und die Hinrichtung des Priesters Jacques Hamel in einer Kirche in Saint-Étienne-du-Rouvray, allesamt wirken sie wie das traurige, doch scheinbar zwangsläufige Resultat einer gescheiterten Integrationspolitik².

Interessanterweise steht dieser Auffassung ein historisch geprägtes, positives Selbstverständnis der französischen Integrationspolitik gegenüber³. Frankreich hat sich lange, seit der Revolution von 1789, als Vorbild für Offenheit und Toleranz betrachtet. Die Rhetorik des Scheiterns ist in der Politik bis heute keineswegs einstimmig⁴, und auch führende Institutionen des Landes stehen hinter der französischen Integrationspolitik. Vor wenigen Jahren erklärte der Bericht des Hohen Integrationsrats (Haut Conseil à l'Intégration): „wenn auch oft kritisiert, so zeigt das französische Integrationsmodell tagtäglich, dass die Integration in Frankreich funktioniert!“⁵. Weniger glänzend, doch keineswegs dramatisch sind die letzten offiziellen Zahlen des Europäischen Integrationsindexes MIPEX 2014⁶. Auf einer Skala von 100 Punkten erreicht Frankreich 54 Punkte und liegt mit 5 Punkten über dem EU-Durchschnitt (49 Punkte) und nur 8 Punkte hinter Deutschland (62 Punkte). Überdurchschnittlich gute Werte erreicht Frankreich sogar beim Indikator der ‚Diskriminierungsbekämpfung‘, wo es mit 77 Punkten weit vor Deutschland (58 Punkte) liegt.

Um der Frage nachzugehen, wie solch ein Widerspruch zustande kommt, werden im Folgenden die historischen Entwicklungen der französischen Einwanderungspolitik und die Besonderheiten des französischen Integrationsansatzes näher beleuchtet. Angesichts der gegenwärtigen Problemlagen in Deutschland ermöglicht das einige Rückschlüsse auf die Ausrichtung der deutschen Integrationsbemühungen.

Einwanderer und Ausländer in Frankreich: Eine Bestandsaufnahme

Die statistische Erfassung von Ausländern und Einwanderern ist in Frankreich komplex und zum Teil unübersichtlich⁷. Die Erfassung unterliegt dem strikten republikanischen Neutralitätsgebot, das persönliche Fragen zu Religion, Ethnie oder Weltanschauung ausschließt. Unterschieden wird zwischen Ausländern (étrangers), Einwanderern (immigrés) und den Nachfahren von Einwanderern (descendants d'immigrés). In offiziellen Statistiken werden nur Personen erfasst, die entweder außerhalb des französischen Territoriums geboren wurden (Einwanderer) oder nicht über die französische Staatsbürgerschaft verfügen (Ausländer). Vom Ausländer unterscheidet sich der ‚Immigré‘ demnach durch den Besitz der französischen Staatsbürgerschaft⁸. Der Begriff ‚Immigré‘ ist somit nicht mit der in Deutschland üblichen Bezeichnung einer Person ‚mit Migrationshintergrund‘ zu verwechseln, die sowohl Eingewanderte als auch die Nachfahren von Einwanderern umfassen kann⁹. Die Nachfahren von Einwanderern werden in Frankreich in der jährlichen Erhebung des Nationalen Statistikamtes (INSEE) statistisch nicht gesondert erfasst. Allerdings

widmen sich seit einigen Jahren spezielle Studien der Situation von Einwanderern der zweiten, dritten und mittlerweile schon vierten Generation¹⁰.

In Frankreich lebten nach Angaben des Nationalen Statistikamtes für das Jahr 2013 5,8 Millionen Einwanderer, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 8,9 Prozent entspricht¹¹. Auffallend ist, dass dieser Anteil seit Mitte der 1970er Jahre nur leicht um 1,5 Prozent (zwischen 1975 und 2013) angestiegen ist. Dank einer großzügigen Einbürgerungspolitik kann im gleichen Zeitraum sogar ein Rückgang des Ausländeranteils von 6,5 Prozent auf 6,2 Prozent gemessen werden¹². Auch wenn die Zahlen relativ konstant geblieben sind, so sind starke Veränderungen im Hinblick auf die Herkunft der Einwanderer festzustellen. Die vor den 1970er Jahren eindeutig europäisch dominierte Einwanderung aus Italien, Spanien und Portugal wurde in den letzten Jahrzehnten von einer verstärkt aus dem Raum der ehemaligen französischen Kolonien stammenden nordafrikanischen und asiatischen Einwanderung überholt. Während 1962 der vom europäischen Kontinent stammende Anteil an Einwanderern noch bei 79 Prozent lag, so ist er bis 2010 auf 38 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Einwanderer aus Afrika und Asien von jeweils 15 Prozent bzw. 2 Prozent auf 43 Prozent respektive 14 Prozent angestiegen¹³. Vor dem Hintergrund, dass die Hälfte der aus Asien kommenden Einwanderer aus der Türkei stammen, ist die Einwanderung nach Frankreich seit den 1980er Jahren überwiegend muslimisch geprägt.

Insgesamt unterscheidet sich Frankreich, was den Anteil an Einwanderern im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung angeht, nur wenig von seinen europäischen Nachbarn. Den wesentlichen Unterschied machen die Heterogenität und das Alter der Einwanderer aus. Eine französische Besonderheit ist der hohe Anteil an Nachfahren von Einwanderern. Dieser belief sich 2012 laut einer Studie im Auftrag des französischen Innenministeriums auf 6,8 Millionen, was 11 Prozent der Bevölkerung entspricht¹⁴. Damit übertrifft der Anteil an Nachfahren von Einwanderern den Anteil an Einwanderern (8,9 Prozent). Verglichen mit anderen Bevölkerungsgruppen wächst die Zahl an Nachfahren von Einwanderern überdurchschnittlich schnell. Allein von 2007 bis 2012 wuchs die Gruppe um ca. 800.000 Menschen an und trug damit, trotz konstanter Einwanderungszahlen, zur wachsenden Vielfalt in Frankreich bei. Der Islam avancierte mit geschätzten 2,1 Millionen praktizierenden Muslimen in Frankreich zur zweitgrößten Religionsgemeinschaft des Landes¹⁵.

Einwanderungsland Frankreich

Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich Frankreich in Europa als Einwanderungsland etabliert. Damit unterscheidet es sich von vielen seiner europäischen Nachbarn, die zum Teil bis tief in das 20. Jahrhundert hinein hohe Geburtenraten und ausgeprägte Emigrationsentwicklungen aufwiesen¹⁶. Mehrere Einwanderungswellen haben Frankreich seit dem 19. Jahrhundert geprägt und eine im europäischen Vergleich heterogenere und ältere Einwanderungslandschaft hervorgebracht. Es wird zwischen drei größeren Einwanderungswellen unterschieden.

Eine erste Welle setzte im Zuge der Industriellen Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts ein. Während des zweiten Französischen Kaiserreichs (1851 – 1870) sah sich Frankreich gezwungen, dem Bevölkerungsrückgang im Land durch die Anwerbung von Arbeitskräften aus angrenzenden Staaten entgegenzuwirken. Zwischen 1851 und 1891 nahm Frankreich knapp eine Million Einwanderer auf. Diese stammten überwiegend aus Belgien (465.000), Italien (290.000), Deutschland (90.000), Spanien (80.000) und der Schweiz (70.000)¹⁷. Entsprechend einfach waren die

Von einer einst europäischen-, zu einer nordafrikanischen und asiatischen Einwanderung

Einwanderer weisen überdurchschnittlich hohe Geburtenraten auf – Nachfahren von Einwanderern besonders zahlreich

Frankreich seit Mitte des 19. Jahrhunderts Einwanderungsland

Eine starke europäische Einwanderung während der Industriellen Revolution

Frankreich entwickelt sich in den 1920er-Jahren zum größten Einwanderungsland der Welt nach den USA.

Eine verstärkt heterogene Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg

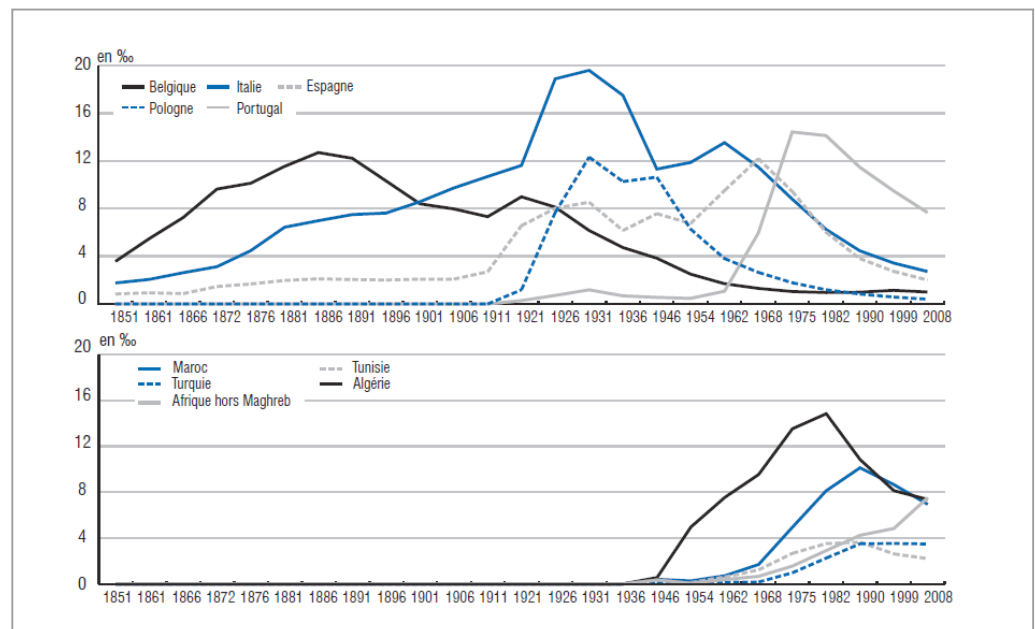
Modalitäten zur Einwanderung geregelt. So genügte es bis 1917, eine Anmeldung beim Rathaus der Kommune (Commune) einzureichen, um sich in Frankreich niederlassen und arbeiten zu dürfen.

Eine zweite Einwanderungswelle setzte nach dem Ersten Weltkrieg ein. Frankreich reagierte auf die hohen Verluste des Krieges und den starken Geburtenrückgang während der Kriegsjahre mit mehreren Anwerbeabkommen, unter anderem mit Italien und Polen (1919), der Tschechoslowakei (1920) und Spanien (1932). Bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 entwickelte sich eine rasante Einwanderung, die zwischen 1921 und 1931 50 Prozent des Bevölkerungszuwachses in Frankreich ausmachte. So wuchs der Anteil an Einwanderern in der französischen Bevölkerung zwischen 1900 und 1930 von 3,1 Prozent auf 6,6 Prozent an¹⁸. Frankreich entwickelte sich in dieser Zeit zum größten Einwanderungsland der Welt nach den USA¹⁹.

Eine dritte Welle setzte während des Wirtschaftsaufschwungs der Nachkriegszeit ein. Während die Einwanderung im Zuge der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre und des Zweiten Weltkriegs einbrach, nahm Frankreich in den 1950er- und 1960er-Jahren seine offene Einwanderungspolitik wieder auf. Einwanderungsbewegungen aus Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Marokko, Tunesien, Algerien, der Türkei und Jugoslawien trugen zu einer verstärkten Heterogenität der Einwanderer bei. Zu Beginn der 1960er Jahre erreichte ihr Anteil erstmals wieder das hohe Niveau der Zwischenkriegszeit. Er stabilisierte sich nach dem Anwerbestopp von 1974 bei einem Anteil an Einwanderern von ca. 7,4 Prozent.

Graphik 1:

Historische Migrationswellen nach Frankreich nach Nationalität seit 1851



Quelle: INSEE, Studie von Gérard Bouvier, *Les descendants d'immigrés plus nombreux que les immigrés*, Edition 2012, http://www.insee.fr/fr/ffc/docs_ffc/ref/IMMFRA12_b_VE_posfra.pdf (04.07.2016).

Der von Präsident Valérie Giscard d'Estaing verhängte Anwerbestopp markierte eine Wende in Frankreichs Einwanderungspolitik, auf die in den Folgejahren weitere Verschärfungen folgten. 1978 wurden Rückführungsmaßnahmen mit dem erklärten Ziel umgesetzt, 500.000 Einwanderer, in erster Linie maghrebinischer Herkunft, zu einer Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen²⁰. Im Januar 1980 wurde ein Gesetz zur Verschärfung der Einreisebestimmungen verabschiedet, das erstmals die Aufmerksam-

Der Anwerbestopp von 1974 setzt einem Jahrhundert offener Einwanderungspolitik ein Ende.

keit auf die illegale Einwanderung lenkte. Eine umfassende Rückkehr der Einwanderer in ihre Heimatländer blieb jedoch aus. Dafür veränderte sich die Form der Einwanderung. Auf eine seit Mitte des 19. Jahrhunderts größtenteils männlich geprägte und wirtschaftlich motivierte Einwanderung folgte mit Beginn der 1980er Jahre der Nachzug von Familien aus den Heimatländern. Der 1974 noch provisorisch ausgesprochene Anwerbestopp wurde seither von keiner Regierung in Frage gestellt. Erst 2006 wurde Frankreichs Anspruch, ein Einwanderungsland zu sein, durch den vom Innenminister und späteren Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy lancierten Begriff der ‚immigration choisie‘, einer bewussten, selektiven Einwanderung, wieder hervorgehoben. Seit 2007 wird Einwanderung über restriktive Listen von Mangelberufen reguliert²¹. Staatspräsident Francois Hollande hat diese Politik nach 2012 nicht infrage gestellt.

Integration und republikanisches Selbstverständnis

Frankreich versteht sich weniger als Kulturnation denn als Willensnation.

Der französische Umgang mit Integration geht auf die Grundlagen des republikanischen Selbstverständnisses zurück, dessen Wurzeln bis in die Philosophie der Revolution von 1789 reichen. Die Integration in die französische Gesellschaft wird seitdem als zweiseitige Verpflichtung begriffen²². Zum einen verpflichtet sich der Staat zu einer klaren und kompromisslosen Gleichbehandlung seiner Bürger im Sinne des Grundsatzes der ‚Egalité‘, zum anderen verpflichtet sich der Bürger, die Grundprinzipien der Republik zu akzeptieren, ihre Gesetze zu achten und sich ihr zugehörig zu fühlen. Aus Sicht der Republik ist der Bürger, der ‚Citoyen‘, Träger einer gemeinsamen Identität, die sich über das gemeinsame Bekenntnis zu ihren Grundwerten definiert. Merkmale der eigenen Persönlichkeit gehören dabei zur Sphäre des Privaten (espace privé), die eindeutig von der Sphäre des Öffentlichen (espace public) abzugrenzen ist. Für private Vorlieben oder identitätsstiftende Merkmale wie Rasse, Religion, Herkunft oder politische Anschauung hat sich der Staat aus seinem Selbstverständnis heraus nicht zu interessieren. Das erklärt, warum öffentlichen Institutionen statistische Erhebungen verboten sind, die Informationen oder auch nur Rückschlüsse auf bestimmte persönliche Eigenschaften seiner Bürger zulassen²³. Im Lichte dieser selbstverordneten Neutralität der Republik soll die klare Einhaltung des Gleichheitsprinzips umgesetzt werden. An Bedeutung gewann diese Neutralität in den letzten Jahren insbesondere im Umgang des Staates mit der Religion. So avancierte der Begriff der Laizität (laïcité) seit seiner gesetzlichen Einführung 1905 im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem der fundamentalen Grundprinzipien der französischen Republik²⁴.

Frankreich versteht sich weniger als Kulturnation denn als eine Willensnation (Ernest Renan), die – ähnlich den USA – geprägt ist von dem Bewusstsein, ein politisches Ideal zu verkörpern. Weder Abstammung noch Blut, sondern die Verbundenheit zu den gemeinsamen Werten der Republik sollen die Zugehörigkeit begründen. Diese dominante Rolle der Wertezugehörigkeit findet bis heute Ausdruck in den typisch französischen Umschreibungen Frankreichs als dem ‚Land der Menschenrechte‘ (Terre des Droits de l’Homme), dem ‚Land der Aufklärung‘ (Pays des Lumières) und der ‚Grande Nation‘. Diese sind in der Politik und in intellektuellen Debatten allgegenwärtig.

Die längste Zeit galt: Integration ist gleich Einbürgerung

Vor diesem Hintergrund stellten sich in der langen Einwanderungsgeschichte Frankreichs über ein Jahrhundert hinweg keinerlei Fragen bezüglich der Integration: In Frankreich anzukommen bzw. sich in die französische Gesellschaft zu integrieren, bedeutete strikt ‚Citoyen‘ zu werden. Die Annahme der Staatsbürgerschaft besiegelte die Assimilation an die einenden republikanischen Grundprinzipien. Entsprechend

liberal wurde das Einbürgerungsrecht ausgelegt. Schon mit der Französischen Revolution von 1789 wurde nicht mehr als Franzose definiert, wer Untertan seiner Majestät („Sujet de sa Majesté“) war, sondern wer sich für die Französische Republik verdient gemacht und sich durch das Bekenntnis zu ihren Werten als wahrer ‚Citoyen‘ erwiesen hatte²⁵. Gleichzeitig wurde das ‚Jus Sanguinis‘²⁶, als Sinnbild des aristokratischen Anspruchs über das Land, in Frage gestellt und abgeschwächt. Der Code Civil von 1804 hob diese Regelung zwar zeitweise wieder auf, doch blieb die Kritik am ‚Jus Sanguinis‘ seit 1789 konstitutives Element republikanischer Grundüberzeugung. 1889, unter der III. Republik, fand das ‚Jus Soli‘ schließlich, hundert Jahre vor der Bundesrepublik Deutschland, dauerhaft Eingang in die französische Gesetzgebung. Von diesem Zeitpunkt an galt als Franzose, wer auf dem französischen Staatsgebiet geboren wurde. 1998 wurde dieses Gesetz mit der ‚Loi Guigou‘ um die automatische Zuerkennung der französischen Staatsbürgerschaft bei Erreichen der Volljährigkeit zugezogener Kinder von Einwanderern erweitert.

Daraus erwuchs ein spezifisch französisches Integrationsverständnis, mit dem sich Frankreich bis heute in Europa heraushebt. So bedeutet Integration, sich als Einzelnener von Zugehörigkeiten oder hergebrachten Traditionen zu lösen, um sich mit dem größeren, republikanischen Ganzen zu identifizieren²⁷. Eigene identitätsstiftende Merkmale werden damit keineswegs ausgeschlossen, doch sind sie der Identifikation mit der Republik untergeordnet. Vor diesem Hintergrund waren von der Integration ebenso die Bevölkerung Frankreichs, als auch die Einwanderer betroffen. Hier sei kurz auf das besondere Schicksal der Korsen, Bretonen oder Elsässer verwiesen, die die längste Zeit vom Staat als Integrationssubjekte betrachtet wurden. Instrumente der Integration waren alle Formen öffentlicher Institutionen, allen voran die Schule (Laique et républicaine), die öffentliche Verwaltung, der Militärdienst u. v. m.

Die Entdeckung der Integrationspolitik in den 1980er Jahren

Mit dem Anwerbestopp von 1974 sah sich die Politik zu einer Kehrtwende in ihrer Integrationspolitik gezwungen. Auf eine einst männlich dominierte Einwanderung, überwiegend von Arbeitern, folgten nun mit dem einsetzenden Familiennachzug viele Frauen und Kinder. Waren die Hilfen für Einwanderer bis in die 1970er Jahre noch auf unterstützende Maßnahmen in den Bereichen Wohnungs- oder Arbeitssuche beschränkt, so entdeckte die Politik in den Jahren darauf die Notwendigkeit breiterer integrationspolitischer Maßnahmen.

Der seit 1958 für den Wohnungsbau für Einwanderer vorgesehene Sozialfond (Fond d’action Sociale – FAS) entwickelte sich nach 1974 zum wesentlichen Instrument französischer Integrationspolitik. Entgegen der heute vorherrschenden Kritik wurde das Potential lokaler Gemeinschaften, von Wohnvierteln und Einwanderervereinigungen bei der Integration früh erkannt²⁸. So wurde der FAS zu einem administrativen Novum ausgebaut, das die besonderen Notwendigkeiten integrationspolitischer Maßnahmen berücksichtigen sollte. Wesentliches Merkmal war, dass entgegen der sonst vorherrschenden zentralistischen Organisation der französischen Verwaltung auf eine räumliche Nähe der FAS-Mitarbeiter zu den betreuten Projekten gesetzt wurde. 250 Mitarbeiter in 17 regionalen Büros gewährten bis Ende der 1990er ca. 9000 Subventionen an 5000 Projekte und Vereinigungen²⁹. Der FAS verfolgte unterschiedliche Ziele zugunsten einer besseren Integration von Einwanderern. Zum einen dienten kulturelle Angebote sowie Kinder- und Jugendprogramme dazu, die Präsenz und den Austausch von Einwanderern mit der Aufnahmegesellschaft zu verbessern. Zum anderen waren Maßnahmen für Unterkunft, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration vorgesehen. Darüber hinaus wurde, ganz im Sinne des

Spezifisches französisches Integrationsverständnis: Integration als Identifikation mit republikanischen Grundprinzipien

Familiennachzug nach dem Anwerbestopp von 1974

Schaffung besonderer integrationspolitischer Instrumente

republikanischen Gleichheitsversprechens, dem Kampf gegen Diskriminierung hoher Stellenwert beigemessen. Dementsprechend deutlich war die Wortwahl des FAS-Statuts, dessen Zielsetzung lautete, Vorurteile in der Aufnahmegesellschaft zu ‚zerstören‘ (destruction des préjugés)³⁰. Die finanzielle Ausstattung des FAS war mit einem jährlichen Budget von umgerechnet 300 Millionen Euro³¹ großzügig angelegt und wurde zu 80 Prozent dezentral – außerhalb von Paris – verwaltet. 2001 wurde der FAS in einen ‚Integrations- und Antidiskriminierungsfond‘ (FASILD) überführt, was den Kampf gegen Diskriminierung als Priorität französischer Integrationspolitik noch einmal unterstrich.

Darüber hinaus reagierte die Politik auf die kulturelle Vielfalt der Zugezogenen mit der Einrichtung eines Informationsbüros für Kultur und Einwanderung, inklusive einer eigenen Fernsehsendung ‚Mosaïque‘ zur Vermittlung kultureller Vielfalt in den Medien. 1982 wurde eine Agentur für die Entwicklung interkultureller Beziehungen (ADRI) ins Leben gerufen, mit dem erklärten Ziel, den interkulturellen Dialog und die soziale und berufliche Integration der Einwanderer zu erleichtern. Ausgestattet mit staatlichen Mitteln arbeitete die ADRI an der Sensibilisierung der öffentlichen Verwaltung für Themen kultureller Vielfalt und entwickelte Empfehlungen im Bereich der Integrationspolitik, bevor sie 2005 in das französische ‚Informationszentrum für Einwanderungsgeschichte‘ (Cité Nationale de l’histoire de l’Immigration) überführt wurde. Mit der Einrichtung des ‚Hohen Integrationsrats‘ (Haut Conseil   l’Intégration) 1989 wurde die Integrationspolitik schließlich endgültig als fester Bestandteil französischer Politik etabliert. Zusammengesetzt aus bis zu 20 hochrangigen Beratern, deren Präsidentin in den 1990er Jahren unter anderem Simone Veil war, avancierte der Rat zum wichtigsten Gremium in der Ausrichtung der Integrationspolitik.

Zugleich waren die 1980er Jahre geprägt von einem selbstbewussteren und offensiveren Eintreten der Kinder von Einwanderern für ihre Brgerrechte³². Den spezifischen Problemen der jungen Generation wurde seit 1981 durch die Erteilung von Sonderstatuten für Schulen mit hohem Ausländeranteil (Zone d’Education Prioritaires, ZEP) begegnet. Den ZEPs werden bis heute besondere Mittel und größere Freiheiten in der Gestaltung ihrer Arbeit zugestanden. Diese werden seit 1982 von Maßnahmen zur sozialen Entwicklung von bestimmten Stadtteilen (Développement Social des Quartiers) begleitet, um den besonderen „sozialen, kulturellen und urbanen“³³ Handicaps der Einwanderer gerecht zu werden. In den 1990er Jahren wurde die Integrationspolitik von heftigen Debatten zur Begrenzung der Einwanderung überschattet. Im Zuge der Diskussionen über die nach den Innenministern Charles Pasqua und Jean-Louis Debr  benannten Gesetze dominierten Fragen zur Einwanderungspolitik (‚Politique d’Immigration‘) in den 1990er Jahren die Debatte über Integrationspolitik.

Einsetzung eines
Hohen Integrations-
rats 1989

Frage zur Einwande-
rungspolitik dominie-
ren die Debatte über
Integration in den
1990er-Jahren.

Orientierungslosigkeit der Integrationspolitik seit der Jahrhundertwende

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Versuch unternommen, die französische Integrationspolitik zu erneuern und mit Hilfe neuer Instrumente zu verbessern. In einer Grundsatzrede zu Beginn seiner zweiten Amtszeit als Staatspräsident im Jahr 2002 erklärte Jacques Chirac die Erneuerung der Integrationspolitik zu einem zentralen Anliegen seiner Politik³⁴. 2003 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet, um sich der Integration als staatlicher Gesamtaufgabe anzunehmen. 2004 wurde die Hohe Behörde zur Bekämpfung von Diskriminierung (Haute Autorité de lutte contre les discriminations et pour l'égalité – HALDE) als Anlaufstelle für Opfer von Diskriminierungen eingesetzt. Dabei wurden die Fundamente des republikanischen Integrationsverständnisses von Präsident Chirac und dem mit der Reform beauftragten Hohen Integrationsrat nochmals bekräftigt.

Die Unruhen in den Pariser Vorstädten im Herbst 2005³⁵ markierten eine Kehrtwende, im Zuge derer Grundsatzfragen zur Integrationspolitik des Landes aufgeworfen wurden. Durch eine Vielzahl institutioneller Neugründungen und sukzessiver Initiativen im Feld der Integrationspolitik wurde versucht, auf das Problem zu antworten. So wurde 2006 der Nachfolger des Integrationsfonds FAS (seit 2001 FASILD) in eine ‚Nationale Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit‘ (Agence nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances, Acsé) umgewandelt. Im selben Jahr wurde ein nationaler Willkommens- und Integrationsvertrag (Contrat d'Accueil) eingeführt. Dieser umfasst bis heute Sprachkurse sowie Staatsbürgerkunde zur Vermittlung der ‚Werte der Republik‘ (Valeurs de la République). Im November 2007 wurde der Contrat d'Accueil um einen Integrationsvertrag für die Familie erweitert, der Eltern unter Androhung einer Aussetzung des Kindergeldes bei der Integration ihrer Kinder in die Pflicht nehmen soll. Mit der Gründung eines Ministeriums für ‚Integrations-, Einwanderungspolitik und Nationale Identität‘ löste Staatspräsident Nicolas Sarkozy im Mai 2007 ein Wahlkampfversprechen ein, das vom Augenblick seiner Gründung an auf starken Widerstand stieß. Insbesondere die Verbindung der Begriffe ‚Integration‘ und ‚Einwanderung‘ mit Fragen ‚Nationaler Identität‘ wurde parteiübergreifend als Infragestellung des republikanischen Grundsatzverständnisses kritisiert³⁶. Bereits 2010 wurde das Ministerium wieder abgeschafft. Ebenfalls abgeschafft wurde ein Jahr darauf die 2004 geschaffene Hohe Behörde zur Bekämpfung von Diskriminierung (HALDE). Ihre Aufgabe wurde der neu geschaffenen Stelle des staatlich beauftragten ‚Verteidigers der Menschenrechte‘ (Défenseur des Droits) untergeordnet.

Infolge des Regierungswechsels 2012 beauftragte der neue sozialistische Premierminister, Jean-Marc Ayrault, den ehemaligen Präsidenten des Integrationsfonds FAS, Thierry Tuot, mit der Erarbeitung eines neuen Konzeptes für die französische Integrationspolitik. Der im April 2013 vorgelegte, mit viel Pathos verfasste Bericht fordert eine neue Begründung der Integrationspolitik des Landes und stellt das republikanische Integrationsverständnis in all seinen Grundsätzen in Frage³⁷. Ziel der Integrationspolitik ist darin nicht mehr vorrangig das Annehmen republikanischer Grundprinzipien, sondern die Schaffung einer ‚Inklusiven Gesellschaft‘ (Société Inclusive), in der verschiedene Identitäten und Gruppen getrennt nebeneinander leben können. Der Bericht sorgte für einen medialen Aufschrei von Seiten der Opposition und erntete erbitterten Widerspruch³⁸, so dass sich der Sprecher der sozialistischen Partei von dem Bericht distanzierte³⁹. Erschwerend kam hinzu, dass die Regierung wenige Monate zuvor, in Reaktion auf wiederholte inhaltliche Meinungsverschiedenheiten, die Auflösung des Hohen Integrationsrats beschlossen hatte. Der Rat hatte zuletzt, seiner Verpflichtung dem republikanischen Integrations-

Versuch einer Neuorientierung der Integrationspolitik 2002

Die Unruhen von 2005 erschüttern die Integrationspolitik des Landes in ihren Grundsätzen.

Zunehmende Infragestellung republikanischer Grundüberzeugungen

verständnis getreu, in einem internen Bericht an den Premierminister, ein Kopftuchverbot an französischen Universitäten gefordert⁴⁰.

Zusammenfassung und Beobachtungen

Frankreich verfügt über eine lange und intensive Einwanderungsgeschichte. Im Zuge derer wurde das Land seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit sehr heterogenen kulturellen und religiösen Einwanderergruppen konfrontiert. Lange von der republikanischen Auffassung geleitet, dass Integration mit Einbürgerung gleichzusetzen sei, hat sich die Integrationspolitik in den 1980er Jahren als politisches Instrument etabliert. Dabei verpflichtete das republikanische Werteverständnis die Politik sehr früh zur Förderung von Toleranz und Gleichberechtigung, verbunden mit einer kategorischen Bekämpfung von Diskriminierung. Die Republik forderte zwar eine bedingungslose Assimilation an ihre Grundprinzipien, eröffnete aber gleichzeitig im Namen des republikanischen Neutralitätsgebots auch Freiheiten zum Ausleben eigener kultureller und religiöser Identitäten.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat allerdings gezeigt, dass dieser integrationspolitische Ansatz nicht ohne weiteres aufgegangen ist. Die Herausbildung gesellschaftlicher Parallelstrukturen in den Vorstädten, deren katastrophale Zustände in den Aufständen von Herbst 2005 für alle Welt offen zutage getreten sind, haben das französische Integrationsverständnis in seinen Grundfesten infrage gestellt. Die Frage nach den Ursachen für dieses Scheitern spaltet seitdem die Nation. Das Argument, wonach vor allem die Politik für das Scheitern verantwortlich sei, weil sie versäumt habe, sich der Menschen rechtzeitig anzunehmen und Zukunftsperspektiven zu schaffen⁴¹, hat sich seither über die Grenzen des Landes hinweg etabliert.

Dieses Argument muss allerdings hinterfragt werden. Zum einen bilden die republikanischen Grundprinzipien seit über zwei Jahrhunderten die Grundlage für ein offenes und einladendes Integrationsverständnis, von dem in den letzten 150 Jahren mehrere Millionen Menschen jeglicher Nationalität profitiert haben. Zum anderen fördert die Politik mit unzähligen innovativen administrativen Programmen und Mitteln in beträchtlicher Höhe die Integration von Einwanderern seit den 1980er Jahren intensiv und kreativ. Aussagen zur Wirkung oder zum Erfolg der seit 1974 aufgelegten Integrationsmaßnahmen sind allerdings schwer zu treffen: Die geförderten Projekte wurden nicht langfristig beobachtet und auch nicht ausreichend evaluiert. Insgesamt liegt der Lebensstandard von Einwanderern laut französischem Statistikamt 30 Prozent unter dem der einheimischen Bevölkerung. Doch zeigt der messbare Zuwachs zwischen dem Lebensstandard der ersten Einwanderergeneration und der Nachfolgeneration von 12 Prozent⁴², dass Entwicklungsperspektiven durchaus existieren und Integration in Frankreich alles andere als unmöglich ist.

Als wesentliches Problem französischer Integrationspolitik hält der französische Rechnungshof in seinem wegweisenden Integrationsbericht 2004 den Mangel an relevanten Indikatoren zur Messung von Integration fest⁴³. Gerade mit Blick auf die häufig angeführte Korrelation zwischen einer verstärkt muslimischen Einwanderung und den Integrationsproblemen ab den 1980er Jahren erweist sich der Datenmangel als besonders hinderlich. Die selbstverordnete ‚republikanische Neutralität‘ und der politische Wille, eine „Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Wohnviertel zu vermeiden“⁴⁴, hatten ein Informationsdefizit für die öffentliche Verwaltung zur Folge, das sich als „wahres Hindernis für die korrekte Evaluierung“⁴⁵ der Integrationspolitik erwiesen hat. Vor diesem Hintergrund legte der Bericht nahe, die

Die Frage nach den Ursachen für das Scheitern spaltet die Nation.

Das Argument, die Politik sei schuld, muss hinterfragt werden.

Mangel an Indikatoren und Daten als wesentliches Problem

besonderen Umstände der jeweiligen Menschen mit Migrationshintergrund besser zu erfassen, um Integrationsmaßnahmen entsprechend anpassen zu können⁴⁶.

Ein weiteres Problem ist die ideologische Orientierungslosigkeit, die die Krise des republikanischen Integrationsverständnisses auf politischer Ebene ausgelöst hat. Integrationspolitische Fragestellungen haben das Feld struktureller Auseinandersetzungen über Wohnungsbaumaßnahmen oder arbeitsmarktpolitische Instrumente lange verlassen und sind zu Grundsatzfragen über das französische Selbstverständnis, über republikanische Prinzipien oder das Verhältnis der Republik zum Islam mutiert. In dieser Diskussion liebäugeln die Konservativen mit überhöhtem Patriotismus, während die Sozialisten republikanische Grundwerte zugunsten kommunitaristischer Ansätze relativieren. Auf konservativer Seite sorgten die von Präsident Sarkozy angeregten Debatten über eine ‚Identité Nationale‘ (Nationale Identität), eine ‚discrimination positive‘ oder eine ‚laïcité positive‘ für Kontroversen. Auf Seiten des Front National verfangen weiterhin neo-nationalistische Argumente: Das Scheitern der Integration resultiere aus Überfremdung durch Masseneinwanderung und einen mangelnden Einsatz für die nationale französische Identität⁴⁷. Demgegenüber steht von Seiten der Sozialisten das geläufige Argument, wonach das Scheitern der Integration auf einen strukturellen Rassismus bzw. eine historisch geprägte Islamfeindlichkeit der französischen Gesellschaft zurückzuführen sei, auf die mit einer höheren Wertschätzung für die Identitäten der Einwanderer begegnet werden müsse⁴⁸. Für Kontroversen sorgte 2015 die Wortwahl des sozialistischen Premierministers Manuel Valls, der so weit ging, von einer „sozialen, ethnischen und territorialen Apartheid“⁴⁹ zu sprechen. Dabei steht die Aussage im direkten Widerspruch mit dem letzten ‚Toleranz Indikator‘ des Hohen Integrationsrats, wonach die Akzeptanz für Menschen anderer Religion, Nationalität oder Kultur in Frankreich „nie höher war“⁵⁰.

Ideologische Orientierungslosigkeit

Aus der einstigen integrationspolitischen Diskussion über strukturelle Mittel und Wege, Einwanderer an die Grundprinzipien der Republik heranzuführen, ist im Verlauf des letzten Jahrzehnts eine emotionale Grundsatzdebatte geworden. Subjektive Identitäten, seien sie ‚national‘, ‚französisch‘, ‚ethnisch‘ oder ‚religiös‘ definiert, verdrängen zunehmend die einst verbindenden republikanischen Grundprinzipien. Fast vergessen scheint dabei die Warnung im Empfehlungsbericht des Hohen Integrationsrats von 2005, nicht der Verführung zu erliegen, sich vom republikanischen Ansatz „gleicher Rechte und gleicher Chancen für alle zugunsten von Maßnahmen positiver Diskriminierung sowie ethnisch oder kommunitaristisch ausgerichteter Strategien“⁵¹ abzuwenden.

Gefährlicher Rückzug auf subjektive Identitäten

Welche Lehren für Deutschland?

Wie Frankreich, so ist Deutschland heute zunehmend von einer heterogenen und sozial durchmischten Einwanderung betroffen, auf die es nicht vorbereitet war. Auf eine bisher von Arbeitskräften dominierte Einwanderung, folgen verstärkt Familien, Frauen und Kinder, die neue gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringen. In Deutschland wie in Frankreich, begann die politische Diskussion zur Integration mit überwiegend strukturellen Fragen. In beiden Fällen reagierte die Politik auf die Situation durch besondere Integrationsangebote. Dabei decken sich die Maßnahmen des französischen Integrationsfond FAS aus den 1980er Jahren in vielen Punkten (Integration in den Arbeitsmarkt, Ausbildung, Sprache, u. v. m.) mit den wesentlichen Ansätzen des jüngsten deutschen Integrationsgesetzes. Wie damals in Frankreich avancieren in Deutschland Toleranz und Nichtdiskriminierung zu dominanten Themen der öffentlichen Debatte. Parallel zu dieser Entwicklung kommt es in beiden Ländern zur Etablierung eines nationalistischen Flügels in der politischen

Auffällige Ähnlichkeiten zwischen Frankreich und Deutschland

Landschaft. So erzielte die einstige Kleinstpartei Front National während der Europawahl 1984 mit 11 Prozent der Stimmen ihren ersten politischen Durchbruch und konnte sich in den Folgejahren dauerhaft etablieren. Noch bleibt es abzuwarten, ob der AfD nach ihrem Einzug in zahlreiche deutsche Landtage eine solche Etablierung gelingt. In vielerlei Hinsicht erweist es sich daher als essentiell, die richtigen Lehren aus der Erfahrung Frankreichs zu ziehen.

1. Stärkeres Augenmerk auf die soziokulturellen Hintergründe

Die Erfahrungen aus Frankreich zeigen, dass Integrationspolitik über rein strukturelle politische Maßnahmen hinausgehen muss. Trotz zahlreicher finanzieller Angebote und einem entschlossenen Kampf gegen Diskriminierung konnte Frankreich die Bildung der ‚Banlieus‘ nicht verhindern. Aufschlussreich ist daher der Hinweis des französischen Rechnungshofes, dass sich fehlende Erhebungen und Indikatoren zu Herkunft und soziokulturellem Hintergrund von Einwanderern als sehr hinderlich für die Integrationspolitik erwiesen hätten. Für Deutschland bedeutet dies, den soziokulturellen Hintergrund von Flüchtlingen bei der Integration nicht außer Acht zu lassen. Dieser sollte zur besseren Anpassung der Integrationspolitik durch statistische Erhebungen wissenschaftlich genau beobachtet werden.

2. Auf Basis der Grundwerte der Bundesrepublik ein kohärentes integrationspolitisches Narrativ entwickeln

Die Entwicklung der Debatte um die richtige Einwanderungs- und Integrationspolitik in Frankreich hat offenbart, welche enorme Sprengkraft das Thema mit der Zeit entwickeln kann. Von einer ursprünglich sachlich dominierten Diskussion über strukturelle politische Maßnahmen in den 1980er Jahren hat sich die Integrationspolitik im letzten Jahrzehnt zu einer zutiefst verunsichernden Auseinandersetzung über die Prinzipien der Französischen Republik entwickelt. Die Frage nach Integration hat dabei grundlegende politische Überzeugungen erschüttert. Für Deutschland bedeutet dies, sich rechtzeitig auf Kontroversen in der Integrationspolitik einzustellen. Dazu empfiehlt es sich, die eigenen Grundprinzipien, maßgeblich das Menschenbild des Grundgesetzes und die sich daraus ableitenden Grundrechte, zu einem soliden und kohärenten integrationspolitischen Narrativ auszubauen. Die Einforderung einer Assimilation an dieses Menschenbild ist dabei unabdingbar, insofern es die elementare Grundlage für Frieden, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bildet.

Ein solches Narrativ ermöglicht politische Kohärenz und garantiert die Glaubwürdigkeit der eigenen Politik. Diese ist gerade mit Blick auf wachsende religiös-extremistische, nationalistische und populistische Herausforderungen wichtig.

Größeres Augenmerk auf die soziokulturellen Hintergründe der Einwanderer

Auf Basis der eigenen Grundwerte ein kohärentes integrationspolitisches Narrativ entwickeln

- 1] *Im März 2012 ermordete Mohamed Merah, ein 23-jähriger Franzose algerischer Herkunft in einer Anschlagsserie in den Midi-Pyrénées sieben Menschen, darunter drei jüdische Kinder.*
- 2] *„Das Jahr des Terrors hat gezeigt, was geschieht, wenn Integration misslingt“ schreibt der Tagespiegel am 07.01.2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/terror-und-integration-charlie-hebdo-aus-der-tragedie-lernen/12799352.html> (18.07.2016).*
- 3] *Tiberj, Vincent, Frankreich und sein Verhältnis zur Vielfalt, Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, März 2012.*
- 4] *Siehe die Verteidigung der französische Integrationspolitik von Patrick Devedjian nach den Anschlängen auf Charlie Hebdo, in: http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/01/28/patrick-devedjian-l-integration-a-la-francaise-est-plutot-un-succes_4565448_823448.html (8.06.2016).*
- 5] *La France sait-elle encore intégrer les immigrés?, Haut Conseil à l'Intégration, Rapport au Premier Ministre, remis le 12 Avril 2011, La documentation Française, S.21.*
- 6] *MIPEX ist ein von der EU co-finanziertes und von zahlreichen Forschungseinrichtungen gefördertes Instrument zur Evaluierung von Integration. Siehe: <http://www.mipex.eu/france>.*
- 7] *Dies kritisiert unter anderem der französische Rechnungshof, siehe: <http://www.ladocumentation-francaise.fr/var/storage/rapports-publics/044000576.pdf>, Seite 50, (08.07.2016)*
- 8] *Institut National de la statistique et des études économiques (INSEE): <http://www.insee.fr/fr/methodes/default.asp?page=definitions/etranger.htm> (05.07.2016).*
- 9] *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=3198544 (05.07.2016).*
- 10] *Siehe u. a. das Projekt, ‚Trajectoires et Origines‘ 2010, das vom Institut für Demographieforschung (INED) und dem Nationalen Statistikamt (INSEE) in Auftrag gegeben wurde, https://www.ined.fr/fichier/s_rubrique/19558/dt168_teo.fr.pdf (04.07.2016).*
- 11] *INSEE, http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATTEF02131 (05.07.2016)*
- 12] *INSEE, Ebenda.*
- 13] *INSEE, <http://www.insee.fr/fr/themes/series-longues.asp?indicateur=immigres-continent-naissance> (06.07.2016)*
- 14] *Ministère de l'Intérieur, Infos Migrations, Numéro 66 – avril 2014.*
- 15] *Siehe: <http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2011/04/05/01016-20110405ARTFIG00599-france-comment-est-evalue-le-nombre-de-musulmans.php> (17.07.2016).*
- 16] *INSEE, http://www.insee.fr/FR/FFC/DOCS_FFC/ip458.pdf (06.07.2016).*
- 17] *Siehe: http://www.preavis.org/formation-mr/Luttins/brochure_immigration_1-0.a5.pdf (05.07.2016).*
- 18] *INSEE, http://www.insee.fr/FR/FFC/DOCS_FFC/ip458.pdf (06.07.2016).*
- 19] *Bundeszentrale für Politische Bildung, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/135111/historische-entwicklung> (06.07.2016).*
- 20] *Siehe: <http://www.vie-publique.fr/politiques-publiques/politique-immigration/chronologie-immigration/> (08.07.2016).*
- 21] *Siehe: <http://www.immigration-professionnelle.gouv.fr/proc%C3%A9dures/m%C3%A9tiers-en-tension> (08.07.2016).*
- 22] *Demesmay, Claire, Das Ringen um Gleichheit: Integration als Chance für Frankreich, DGAP Analyse, April 2012, Nr. 4.*
- 23] *Siehe das französische Gesetz zu ‚Informatik, Dateien und Freiheit‘: Loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés.*
- 24] *Siehe: <http://www.vie-publique.fr/decouverte-institutions/institutions/veme-republique/heritages/quels-sont-principes-fondamentaux-republique-francaise.html> (08.07.2016).*
- 25] *Siehe: http://www.vie-publique.fr/documents-vp/nationalite_histoire.pdf (08.07.2016)*
- 26] *Das ‚Jus Sanguinis‘, auch Abstammungsprinzip genannt, bezeichnet das Prinzip, wonach ein Staat die Staatsbürgerschaft nur den Kindern seiner Staatsangehörigen verleiht. Dem wird das ‚Jus Soli‘, auch ‚Geburtsortprinzip‘ genannt, gegenübergestellt. Hier richtet sich der Staat nach dem Geburtsort einer Person, unabhängig von der Staatsbürgerschaft der Eltern.*
- 27] *Lapeyronnie, Didier, L'intégration menacée – Les grands instruments d'intégration: panne, crise, disparition?, Cahiers français n°352, siehe: http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/libris/3303330403525/3303330403525_EX.pdf (23.07.2016).*
- 28] *Siehe: http://www.persee.fr/doc/polix_0295-2319_1990_num_3_12_1425 (08.07.2016)*
- 29] *Siehe: http://www.vie-publique.fr/documents-vp/organisme_fas.shtml (09.07.2016)*
- 30] *Aus den Statuten des Fond d'Action Sociale. Siehe: http://www.vie-publique.fr/documents-vp/organisme_fas.shtml (15.07.2016).*
- 31] *1,3 Milliarden Francs, umgerechnet und inflationsbereinigt mit dem Rechner des Nationalen Statistikinstituts INSEE : Siehe: <http://www.insee.fr/fr/service/reviser/calcul-pouvoir-achat> (15.07.2016).*
- 32] *Siehe: <http://www.ambafrance-de.org/Immigration-Frankreichs-Politik-der-Integration> (15.07.2016).*
- 33] *Siehe: <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/dossiers/politique-ville/evolution-politique-ville.shtml> (15.07.2016).*
- 34] *‚Discours de Troyes‘ vom 14. Oktober 2002, Siehe: <http://discours.vie-publique.fr/notices/027000276.html> (14.07.2016).*
- 35] *Nach dem Tode zweier Jugendlicher, die sich auf der Flucht vor der Polizei befanden, kam es im Oktober 2005 zu Unruhen im Stadtteil Clichy-sous-Bois. Diese weiteten sich auf andere Stadtteile im Norden der Stadt aus. Am 8. November 2005 verhängte Staatspräsident Chirac den Ausnahmezustand.*

- 36| Siehe den offenen Brief französischer Intellektueller, erschienen am 22. Juni in der Zeitung *Libération*, unter: http://www.liberation.fr/evenement/2007/06/22/nous-protostons-contre-la-denomination-et-les-pouvoirs-devolus-a-ce-ministere_96606 (14.07.2016).
- 37| Siehe: http://www.cnle.gouv.fr/IMG/pdf/rapport_au_premier_ministre_sur_la_refondation_des_politiques_d_integration.pdf (15.07.2016).
- 38| Marine Le Pen erklärte den Bericht zur ‚Kriegserklärung an das französische Volk‘. Der frühere konservative Premierminister Francois Fillon warf den Verfassern vor, Frankreich zu ‚zerstückeln‘.
- 39| Siehe: http://www.lepoint.fr/societe/rapport-sur-l-integration-on-sert-la-soupe-aux-islamistes-17-12-2013-1770634_23.php (15.07.2016).
- 40| Siehe: http://www.lexpress.fr/actualite/societe/rapport-sur-l-integration-vers-une-laicite-de-compromis_1307345.html (15.07.2016).
- 41| Demesmay, *op.cit.*, Seite 10.
- 42| Siehe: http://www.insee.fr/fr/themes/document.asp?reg_id=0&ref_id=IMMFRA12_b_VE_posfra (14.07.2016).
- 43| Siehe: <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/044000576.pdf>, Seite 155 (14.07.2016).
- 44| Ebenda, Seite 51.
- 45| Ebenda, Seite 139.
- 46| Ebenda, Seite 141.
- 47| *Notre Projet, Programme Politique du Front National*: <http://www.frontnational.com/pdf/Programme.pdf>
- 48| Siehe: Tiberj, Vincent, *op.cit.*, Seite 7, und: Bericht von Tuot, Thierry http://www.cnle.gouv.fr/IMG/pdf/rapport_au_premier_ministre_sur_la_refondation_des_politiques_d_integration.pdf (16.07.2016)
- 49| Siehe: http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/01/20/pour-manuel-valls-il-existe-un-apart-heid-territorial-social-ethnique-en-france_4559714_823448.html (17.07.2016)
- 50| Siehe: <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/114000211.pdf>, S. 32 (15.07.2016).
- 51| Siehe: <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/064000272.pdf> (15.07.2015).

Der Autor

Benedict Göbel studierte Politik- und Europawissenschaften am Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences-Po), am Otto-Suhr Institut der Freien Universität Berlin und am College of Europe in Brügge. Er war wissenschaftlicher Assistent von Prof. Zaki Laidi am Centre d'Etudes Européennes der Sciences-Po Paris und Trainee im Kabinett von Nachbarschaft- und Erweiterungskommissar Johannes Hahn in der Europäischen Kommission. Seit Mai 2016 ist Benedict Göbel Koordinator für Integrationspolitik in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Benedict Göbel

Koordinator für Integrationspolitik

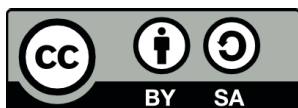
Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: +49(0)30/26996-3457

E-Mail: benedict.goebel@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

ISBN 978-3-95721-227-6



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite
© PackShot, fotolia.com

www.kas.de